

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 166 (2000)

**Heft:** 4

**Rubrik:** Internationale Nachrichten

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 29.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



## FRANKREICH

### Die neue Kommandostruktur der französischen Landstreitkräfte

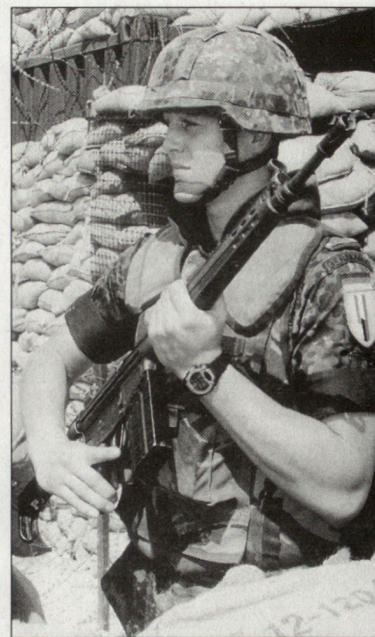
Die veränderte strategische Lage in Europa sowie die Entscheidung zu Gunsten eines Berufsheeres haben den Prozess der Umstrukturierung der französischen Landstreitkräfte (Armée de Terre) beschleunigt (siehe auch ASMZ Nr. 12/1998, S. 37, und 3/1999, S. 37). Vorgesehen ist eine gestraffte Führungsstruktur, die den neuen Aufgaben des Heeres vermehrt Rechnung trägt. Dem Generalstabschef des Heeres obliegt darin die Formulierung der Einsatzdoktrin, die militärische Gesamtführung inklusive untergeordneter Kommanden sowie die Erfolgskontrolle der Zielvorgaben. Dem Generalstabschef direkt unterstellt ist das Inspektionskorps; dem Generalstab unterstellt sind im Weiteren 12 Kommanden, darunter das Kommando Einsatzstreitkräfte, das Logistikkommando sowie die

Kommanden für Personal, Ausbildung und Territorialverteidigung. Die Unterschiede zwischen Friedens- und Einsatzorganisation werden mit der neuen Struktur gewollt gering gehalten. Das Kommando der Einsatzstreitkräfte liegt in Lille; ihm unterstehen die Divisionsstäbe in Besançon, Lyon, Marseille und Limoges, die jeweils 3 bis 4 Brigaden kommandieren. Das Logistikkommando befindet sich in Monthery. Im Kommando Ausbildung wurde ein eigenes Forschungszentrum für die Landstreitkräfte geschaffen, das eng mit dem Simulationszentrum zusammenarbeitet.

Am 1. Juli 2000 wird Frankreich in die 5 Territorialbereiche Paris, Lyon, Bordeaux, Rennes und Metz eingeteilt, von denen jeder für die operativen Budgets der jeweils stationierten Regimenter, die gesamte Infrastruktur und gewisse Aspekte der Ausbildung verantwortlich ist. hg

Mischung aus Berufs- und Zeitsoldaten, die durch Wehrpflichtige ergänzt wird.

Im Mai 2000 wird der Bericht der «Kommission für die Zukunft der Bundeswehr» erwartet. Unter dessen sind bereits erste – allerdings noch inoffizielle – Vorschläge dieser Kommission durchgesickert. Demnach soll u. a. der Personalumfang der Bundeswehr von heute zirka 340 000 auf nur noch knapp 300 000 Mann reduziert werden. Nebst den weiterhin 200 000 Zeit- und Berufssoldaten wären dann nur noch rund 80 000 Wehrpflichtige notwendig. Zudem soll die Wehrdienstzeit von heute 10 auf noch 6 Monate reduziert werden. Allerdings ist fraglich, ob mit diesen neuen Vorgaben auch weiterhin eine Wehrgerechtigkeit gewährleistet werden kann. Es ist daher damit zu rechnen, dass im Zusammenhang mit der geplanten Streitkräftereform in der Bundeswehr einmal mehr auch die Frage der Wehrpflicht zur Diskussion gestellt wird. hg



**Deutscher Soldat im Kosovo: Für die Auslandverwendung werden primär Berufs- und Zeitsoldaten eingesetzt.**



**Die Kommandostruktur der französischen Armee wird auf die neuen Aufgaben ausgerichtet.**

(Bild: Kampfpfanzter «Leclerc» der Einsatzstreitkräfte)

## DEUTSCHLAND

### Künftige Bundeswehr ohne Wehrpflicht?

Bis zu Beginn der 90er-Jahre war die allgemeine Wehrpflicht als Wehrform in den meisten europäischen NATO-Staaten unumstritten und fest verankert. Nach der Auflösung des Warschauer Paktes und den damit verbundenen sicherheitspolitischen Veränderungen ist unter den Allianzmitgliedern neben den grundlegenden Streitkräftereformen ein Trend in Richtung Berufsarmeen unverkennbar. Frankreich beschloss bereits 1996 im Rahmen

der laufenden Streitkräftereformen, die Armee bis 2002 nach und nach in eine Berufsarmee umzuwandeln. Grossbritannien hatte schon – ebenso wie die USA – in den 60er Jahren die Umstellung auf eine Freiwilligenarmee vollzogen. Inzwischen haben kleinere Bündnispartner, wie beispielsweise die Niederlande und Belgien, die Wehrpflicht ausgesetzt. Andere namhafte NATO-Partner, wie Italien und Spanien, haben bisher zumindest die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht angekündigt. Deutschland hält bis heute an seiner Wehrform fest, einer

### Bundeswehr muss sich für bewaffneten Frauendienst öffnen

Die junge Frau Kreit, die Elektronikerin in der Bundeswehr werden wollte, wurde seinerzeit wegen der grundgesetzlich bedingten Einschränkung des Dienstes von Frauen in der Bundeswehr zum waffenlosen Dienst in der Sanitätsstruppe und Militärmusik verwiesen. Auf dem Wege gerichtlicher Instanzen durch den Gerichtshof der Europäischen Union hat sie nun das Urteil bewirkt, dass der vollständige Ausschluss von Frauen vom Dienst mit der Waffe gegen die europäische Richtlinie zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz verstösse. Landesverteidigungsminister R. Scharping hat daraufhin angekündigt, es solle geprüft werden, welche Laufbahnen in der Bundeswehr für Frauen in Betracht kommen und für diese geöffnet werden sollen. Die jetzige Regelung des Dienstes von Frauen in der Bundeswehr stützt sich auf das GG Art 12 a Abs 4. Demnach dürfen sie «auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten». Das Soldatengesetz beschränkt dementsprechend den Dienst von Frauen auf Sanitätsdienst und Militärmusik. Frauen und Männer im Sanitätsdienst werden lediglich zur Selbstverteidigung und zur Verteidigung der Verwundeten an einer Handfeuerwaffe ausgebildet.

Dieser Ausschluss der Frauen vom Waffendienst ist historisch bedingt.

Die Bundesregierung hatte im Falle Kreit die Ansicht vertreten, der Gerichtshof müsse den generellen Ausschluss der Frauen vom Waffendienst schon deshalb hinnehmen, weil das europäische Gemeinschaftsrecht für Fragen der Landesverteidigung nicht zuständig sei. Italien und Grossbritannien hatten vorgetragen, die Organisation der Streitkräfte sei allein eine nationale Angelegenheit. Der Europäische Gerichtshof folgte allerdings aus der ständig geübten Rechtsprechung, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung «allgemeine Geltung hat und dass die Richtlinie (zur Gleichbehandlung) auf öffentlich rechtliche Dienstverhältnisse anwendbar ist». Hier gibt es für Deutschland zum ersten Mal einen Gegensatz zwischen Grundgesetz und Richteranspruch des Gerichtshofes der Europäischen Union. Wie ist zu verfahren? Der Gerichtshof hat in früheren Entscheidungen darauf hingewiesen, Gemeinschaftsrecht so anzuwenden, wie es der Gerichtshof vorgegeben hat. Das folgt aus der Vorrangstellung des Gemeinschaftsrechts vor nationalem Recht. Es gilt auch für Verfassungsrecht. Frauen sind deshalb in bewaffnete Verbände aufzunehmen, soweit die anderen Einstellungsvoraussetzungen erfüllt sind. Es muss über die Frage entschied-



den werden, ob gewisse Bereiche der Bundeswehr, für deren Dienst besondere körperliche Fähigkeiten erforderlich sind, z. B. Kampfschwimmer, für Frauen geschlossen bleiben sollen. Auch ist die Frage, ob eine Grundgesetzänderung erforderlich ist, nicht entschieden. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Breuer, sprach sich für eine Ergänzung des Grundgesetzes aus, die den Einsatz von Frauen in der Bundeswehr grundsätzlich ermögliche, aber Ausnahmen wie für Kommando-Spe-

zial-Kräfte und Kampfschwimmer zuliesse.

Der Urteilsspruch hat die Diskussion über die Wehrpflicht neu entfacht. Während der Verteidigungsminister sowie wesentliche Sprecher von SPD und CDU/CSU diese Frage nicht berührt sehen, versuchen Politiker von «Bündnis 90/Die Grünen» der Abschaffung der Wehrpflicht und spürbaren Verkleinerung der Streitkräfte verstärkter Nachdruck zu verleihen. Der Spruch des Europäischen Gerichtshofes wird starken Einfluss auf das neue Gesicht der Bundeswehr gewinnen. Tp

### Zur Einführung der neuen gepanzerten Transportfahrzeuge

Die deutsche Bundeswehr wird bekanntlich in den nächsten Monaten insgesamt 56 gepanzerte Mehrzwecktransportfahrzeuge einführen (s. ASMZ 12/99, Seite 34). Vier dieser Fahrzeuge vom Typ APCV-2 (All-Protected Carrier Vehicle) werden unmittelbar für weitere Truppenerprobungen benötigt. 52 dieser so genannten «Allschutzfahrzeuge» sollen den deutschen Krisenreaktionskräften so rasch als möglich zur Verfügung gestellt werden. Die umfassenden Schutzmassnahmen beinhalten:

- einen Minenschutz, der sowohl gegen Panzerabwehr- als auch gegen Personenminen schützen soll,
- Rundherum-Schutz gegen Direktschusswaffen (gegen Infanterie- und leichte Panzerabwehrwaffen),
- Schutz gegen Splitter von Artilleriemunition sowie von Splitterbomblets,

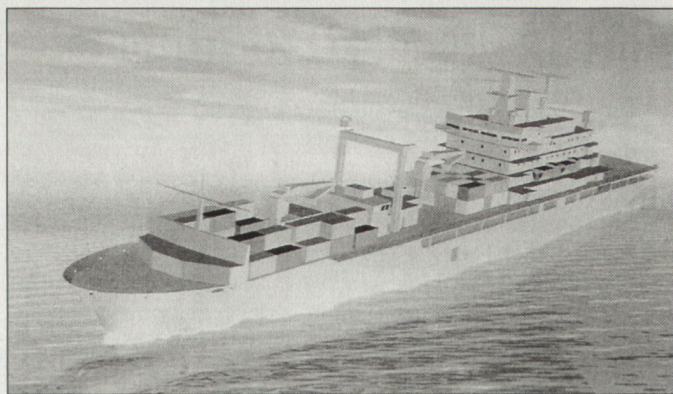
- Schutz vor Auswirkungen von improvisierten Sprengladungen (Strassenbomben usw.),
- ABC-Schutz für Besatzung und Laderaum.

Die vom Firmenkonsortium Krauss Maffei Wegmann auf dem Rüstungsmarkt angebotenen Mehrzweckfahrzeuge haben ein Gesamtgewicht von max. 8,8 t und eine Nutzlast von 1,4 t. Die Höchstgeschwindigkeit auf der Strasse beträgt 120 km/h. Gemäss Hersteller können die verschiedenen Versionen des APCV-2 für folgende Aufgaben genutzt werden:

- gepanzerte Truppentransporter
- leichtes Beobachtungs- und/oder Aufklärungsfahrzeug
- Führungs- und Übermittlungsfahrzeug
- Sanitätsfahrzeug
- als Waffenträger (Maschinengewehr oder Panzerabwehrwaffe)
- und als genereller Mehrzwecktransporter. hg



Gepanzerte Mehrzwecktransportfahrzeuge APCV-2 für die deutsche Bundeswehr.



Grafik des Einsatzgruppenversorgers «Berlin» mit den Containern des Marine-Einsatz-Rettungszentrums (MERZ).

### Mobiles Rettungszentrum für die Marine

Für den Sanitätsdienst der deutschen Marine hat das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) das erste aus mobilen Containern bestehende Marine-Einsatz-Rettungszentrum (MERZ) in Auftrag gegeben. Die Arbeitsgemeinschaft aus der Flensburger Schiffbau GmbH & Co. KG, der Lürssen Werft GmbH & Co. Bremen und dem Geschäftsbereich Verteidigung und Zivile Systeme der DaimlerChrysler Aerospace AG (Dasa/München) wird das mobile Lazarett für den neuen Schiffstyp «Einsatzgruppenversorger-Berlin» fertigen.

Die «Berlin» ist der erste von zwei Einsatzgruppenversorgern, die zurzeit von den beiden Werften gebaut werden. Die Schiffe sind 176 Meter lang, haben eine Wasserverdrängung von zirka 20000 Tonnen und eine Stammbesatzung von 140 Mann.

Um die Einsatz- und Durchhaltbarkeit von Marineverbänden bei Auslandseinsätzen zu gewährleisten, ist die zeit- und fachgerechte Versorgung Erkrankter oder Verletzter eine wesentliche Voraussetzung. Die erste ärztliche und notfallmedizinische Hilfe wird auf den Schiffen durch den Schiffsarzt und das Sanitätspersonal sichergestellt. Zur weitergehenden Versorgung Verwundeter auf See wird die deutsche Marine zukünftig über Marine-Einsatz-Rettungszentren (MERZ) verfügen. Bord- oder SAR-Hubschrauber fliegen die Verwundeten von entfernten Schiffen zu den schwimmenden Zentren oder Lazaretten an Land. Das jetzt in Auftrag gegebene Marine-Einsatz-Rettungszentrum besteht im Wesentlichen aus 26 Spezialcontainern. Sie werden auf dem Hauptdeck des Einsatzgruppenversorgers in zwei Stockwerken aufgebaut und sind durch Zugänge miteinander verbunden. hg

## ISRAEL

### Massnahmen zur Reichweitensteigerung der Mehrfachraketenwerfer

In den israelischen Streitkräften stehen heute Mehrfachraketenwerfer der Typen LAR-160 sowie MLRS im Einsatz. Gegenwärtig laufen Anstrengungen zur Modernisierung der 48 Systeme MLRS. Bereits vor einigen Jahren sind von der israelischen Armee Forderungen zur Reichweitensteigerung der un gelenkten Raketen auf 45 km eingebracht worden. Unterdessen läuft zwischen der israelischen Firma IMI (Israel Military Industries) und der US-Firma Lockheed Martin die Entwicklung einer gelenkten Rakete. Um die Treffergenauigkeit – insbesondere auf grössere Distanzen – zu verbessern, soll auf der Basis der Rakete M26 (Kaliber 227 mm) ein Flugbahnkorrektursystem eingebaut werden. Diese Flugbahn-

korrektursysteme (Trajectory Correction Systems oder TCS) werden erst nach dem Start der Rakete aus dem Werferteil aktiviert. Darauf erfolgt eine permanente Korrektur der Raketen während der gesamten Flugphase. Diese neu entwickelten Systeme können gemäss Firmenangaben auch in andere Raketentypen, und zwar bis zu einer maximalen Einsatzdistanz von 100 km integriert werden.

Ähnliche Flugbahnkorrektursysteme sind bereits bei den russischen schweren Mehrfachraketenwerfern, beispielsweise beim System «Smerch» (Kaliber 300 mm) erkannt worden. Nebst einer massiv verbesserten Zielgenauigkeit können mit solchen Lenksystemen auch Kosten eingespart werden. Anstatt wie früher ganze Salven von un gelenkten Raketen zu verschiessen, dürften künftig zwei bis drei Raketen mit Lenkunterstützung genügen, um





Schiessversuche mit den neuen israelischen TCS-Raketen in der Negevüste.

die gleiche Wirkung zu erreichen. Zudem können mit dieser Entwicklung die weitreichenden

Mehrfachraketenwerfer auch für eine erweiterte Punktzielbekämpfung genutzt werden. D.E.

### Modernisierung der Kampfpanzer «Merkava 3»

Gemäss Berichten der israelischen Streitkräfte werden derzeit die Panzer vom Typ «Merkava 3» einem Kampfwertsteigerungsprogramm unterzogen. Im Wesentlichen werden dabei die folgenden Verbesserungen vorgenommen:

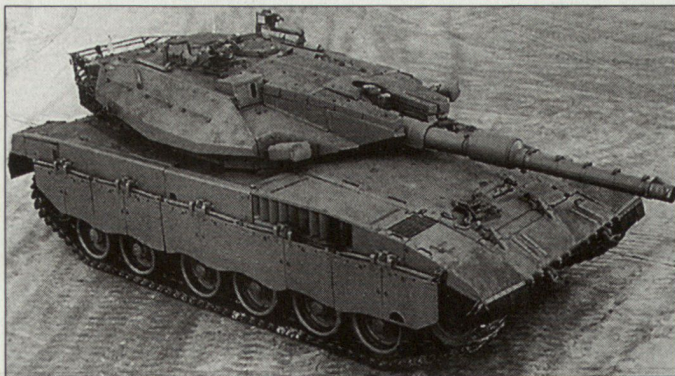
- Einbau von Modulen und neuen Technologien zur Adaptierung der Turmpanzerung.

- Einbau eines Rundblickperiskops mit Tag-/Nachtkanal (Wärmebildgerät) für den Kommandanten zur Verbesserung der Gefechtsfeldbeobachtung.

Bereits in einem früheren Kawest-Programm wurden die israelischen

lischen Panzer vom Typ «Merkava 3» einer Schutzverbesserung unterzogen. Im Bereich des Turmdaches wurden damals diese Panzer mit einem Bombletschutz nachgerüstet, der vor allem als Reaktion auf die neuen Kanistergeschosse (mit panzerbrechenden Bomblets) der Artillerie erfolgte.

Parallel zur laufenden Modernisierung des «Merkava 3» läuft bei den israelischen Panzerherstellern die Entwicklung des «Merkava 4». Dessen Serienfertigung soll gemäss eigenen israelischen Angaben kurz bevorstehen; allerdings dürfte auch bei den israelischen Streitkräften der künftige Bedarf an Kampfpanzern rückläufig sein. hg



Kampfwertgesteigerter Panzer «Merkava 3».

## USA

### Information Warfare – Hirngespinnst oder Realität

An der Jahrestagung des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in San Diego sowie im periodischen nationalen Sicherheitsbericht des «Officer» gingen Experten der Frage nach, inwiefern die Gefahren des «Cyber war» wirklich vorhanden

sein. Die USA sind offensichtlich das Hauptziel solcher Angriffsversuche. Die US-Regierung behauptet, dass rund 120 Nationen über solche Angriffsmittel verfügen und dass täglich 60 bis 80 Angriffe, z.T. koordiniert von mehreren Kontinenten aus, gegen amerikanische Informatiksysteme vorgenommen werden.

Neueste Erkenntnisse deuten

darauf hin, dass sich China in diesem Bereich intensiv betätigt, um so die Möglichkeiten der modernen Wirtschaft und der psychologischen Einflussnahmen über Internet abzuklären. Zu diesem Zweck rekrutiert China ganz offen Computer-Hacker, um sie als «Cyber-Krieger» einzusetzen. So wurde nach der irrtümlichen Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad festgestellt, dass chinesische Hacker diverse Amtsstellen in den USA sowie US-Botschaften über Internet zu infiltrieren versuchten.

### Die Sicherheit von Informationssystemen

Angesichts des anbrechenden Informationszeitalters und der Abhängigkeit unserer Gesellschaft von computergesteuerten Systemen im Transportsektor, aber auch vom Energie- bis zum Finanzbereich, von der Telekommunikation bis zur Wasserversorgung ist die Gefahr von Info-Störungen gross geworden. Dies auch, weil überall PC's verwendet werden, über 120 Mio PC-Benutzer sind schon im Internet verbunden, im Jahr 2005 rechnen die Experten mit 1 Mrd Online-Benutzern. Daher hat eine intensive Diskussion über die Sicherheit der Information begonnen. Zwar gibt es noch keine offizielle Definition für den «Informationskrieg». Es werden heute vier Arten von Angriffen festgestellt:

- Daten-Angriffe durch Einführung von Daten, welche das System zu fehlerhaften Operationen «verleiten».

- Software-Angriffe zur Verzerrung der vorhandenen Software und zum Auslösen von fehlerhaften Arbeitsschritten.

- Das Eindringen in fremde Info-Systeme (Hacking), um Daten abzuheben oder zu verfälschen und Ressourcen zu stehlen.

- Physische Angriffe mit Gewalt auf den Standort von Informationssystemen.

Die Informations-Kriegsgefahr ist heute so bedeutungsvoll, weil

die vorhandenen Angriffsmittel so vielfältig sind und **die Informatiksysteme allzu oft zentralisiert eingesetzt** werden. Zudem verwenden auch die Militärs fast nur noch standardisierte Elektronik und Computer. So können Cyber-Terroristen aus der ganzen Welt u.a. über Internet aktiv werden, ohne dass der Täter leicht erueierbar wäre.

Die möglichen Gegner des Westens sind heute nicht mehr primär Staaten, welche bisher Massenvernichtungsmittel entwickelt haben. Es gibt immer mehr individuelle Hacker, Kriminelle, Industriespione usw., deren Effektivität von einzelnen Experten allerdings angezweifelt wird. Es ist jedoch nachgewiesen, dass im öffentlichen und im privaten Sektor seit dem Aufkommen des Internet immer mehr Angriffe auf Informationssysteme erfolgen.

Die elektronischen Angriffe auf den militärischen Info-Sektor belaufen sich zurzeit auf zehntausende von Versuchen pro Jahr. 1998 wurden in den USA 4000 Angriffe festgestellt, von denen jedoch nur rund 100 bis zur Basis des Info-Systems durchdringen konnten. Waren es vorher vor allem Einzelpersonen, die ihren Ehrgeiz einsetzten, das bestgeschützte US-Verteidigungssystem zu knacken, besteht nunmehr der Verdacht, dass **staatlich organisierte Hackergruppen** auftreten. Auch die NATO wird immer mehr Ziel solcher Angriffe. So bombardierten Hacker in einer konzentrierten, koordinierten Aktion die Webseite der NATO nach Beginn der NATO-Angriffe auf Serbien. Eine Gruppe übersättigte zudem das e-mail der NATO mit über 2000 Meldungen pro Tag.

Diese jüngsten Ereignisse haben in den USA, aber auch bei den europäischen NATO-Partnern zur Bildung von Arbeitsgruppen geführt. Im Vordergrund steht dabei ein besserer Schutz militärischer Kommunikationssysteme vor den Einwirkungen des Informationskrieges. CO.

## SCHWEDEN

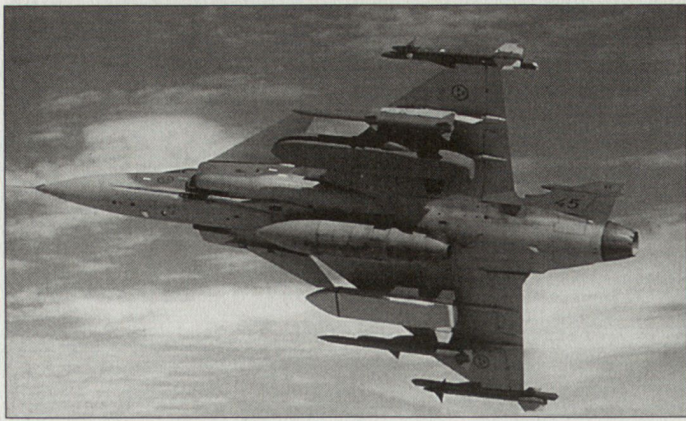
### Erfolgreicher Erstflug von «Taurus»

Die Taurus Systems GmbH, ein Tochterunternehmen der Dasa, hat Ende 1999 zusammen mit der schwedischen Bofors Missiles den erfolgreichen Erstflug eines Abstands-Lenkflugkörpers «Taurus»

KEPT 350 durchgeführt. Der Versuch fand auf dem schwedischen Erprobungsgelände Vidsele statt.

Bemerkenswert ist, dass die Funktionsfähigkeit im Fluge nach einer nur 18-monatigen Entwicklungszeit nachgewiesen werden konnte. Als Trägerflugzeug diente ein Kampfflugzeug «Tornado».





**Abstandslenk Waffen «Taurus» sind sowohl für die deutsche als auch die schwedische Luftwaffe vorgesehen.**

**(Bild: Kampfflugzeug Saab «Gripen» mit «Taurus»)**

Nach Angaben des Herstellers hat der Flugkörper bei diesem Flug die Anforderungen an Aerodynamik, Triebwerk und Navigationssystem hinsichtlich der maximalen Reichweite in vollem Umfang erfüllt.

Zu Beginn der Entwicklung war ein erster Freiflug über See geplant, doch konnte man auf diese Zwischenstufe zu Gunsten des anspruchsvolleren Fluges über Land verzichten.

Der Entwicklungsauftrag von 1998 umfasst die Gesamtauslegung des Systems und die Fertigung von 28 Testflugkörpern unter Anwendung neuartiger und Kosten sparender Fertigungsverfahren.

Neuartig ist das TriTech-Navigationssystem, bestehend aus einer IN/GPS-Navigation, Geländefolgenavigation und IR-Waypoint-Navigation. Die Auslieferung an die deutsche Luftwaffe ist ab 2002 vorgesehen. hg

## KOSOVO

### Zur laufenden Minenräumung im Kosovo

In der Krisenregion Kosovo sind die dringend anstehenden Aufgaben im Bereich der Minenaufklärung und -beseitigung gemäss Angaben der internationalen Gemeinschaft gut angelaufen. Die multinationale Friedensstruppe KFOR arbeitet dabei eng mit dem «UN Mine Action Coordination Centre» (UNMACC) sowie den regional eingesetzten Experten zusammen. Die Hauptauf-

gaben der Militärs konzentrieren sich bisher vor allem auf die Ausbildung von militärischen und zivilen Entminungsspezialisten sowie auf die Sensibilisierung und Orientierung/Warnung der Zivilbevölkerung.

Die KFOR ist zudem massgebend beteiligt bei der Beseitigung von nicht explodierten Kampfmitteln, die nach Beendigung der Luftoperation und nach Abzug der jugoslawischen Truppen im Kosovo zurückgeblieben sind. Schwierigkeiten bereitet dabei vor allem das Auffinden und die Beseitigung nichtexplodierter Cluster Bomblets, die aus den NATO-Bomben der Luftoperation stammen.

Gemäss NATO-Angaben sollen die jugoslawischen Streitkräfte in den letzten Monaten Angaben und Aufzeichnungen zu rund 600 Minenfeldern gemacht haben. Bis Ende Januar 2000 wurden im Kosovo über 600 Objekte (meist Schulhäuser und öffentliche Gebäude) von Minen und Sprengfallen geräumt. Bis Ende 1999 wurden gemäss KFOR rund 6500 Personenminen und etwa 3500 Panzerabwehrminen und gegen 8000 Cluster Bomblets beseitigt resp. vernichtet.

Unterdessen wird von KFOR-Seite versucht, vermehrt auch Teile der TMK (des Kosovo-Schutzkorps) für die Minenaufklärung und -beseitigung auszubilden.



**Minensuche im Kosovo ist vor allem im Winter mit etwelchen Schwierigkeiten verbunden.**

Trotz dieser vermehrten Anstrengungen zur Einbindung einheimischer Organisationen in die Mi-

nenräumung dürfte es noch Jahre dauern, bis nur die wichtigsten Vermunungen beseitigt sind. hg

## BOSNIEN-HERZEGOWINA

### Zur sicherheitspolitischen Lage

Grundsätzlich hat sich die Lage seit dem Friedensabkommen von Dayton im Jahre 1995 nicht wesentlich verändert. Die rund 4,5 Mio Einwohner Bosnien-Herzegowinas sind weiterhin in politische Volksgruppen gespalten; nämlich die muslimisch-kroatische Föderation Bosnien und Herzegowina (BiH) und in die Serbische Republik (RS). Trotz einem personellen Abbau sind immer noch rund 20 000 Mann der internationalen Friedensstruppe SFOR beauftragt, den Ausbruch von erneuten ethnischen Konflikten zu verhindern und die Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.

Die beiden Teilrepubliken unterhalten heute eigene Streitkräfte im Umfang von rund 70 000 Mann. Deren Kampfkraft ist als eher gering einzustufen, da diese über vorwiegend ältere Bewaffnung und Ausrüstung verfügen. Ein grosser Teil davon stammt noch aus den früheren jugoslawischen Streitkräften. Die Armee der Föderation BiH konnte in den letzten Jahren zudem von internationaler Rüstungshilfe profitieren. Unterdessen hat man sich unter den verschiedenen Parteien geeinigt, dass – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen – der Umfang der beiden Armeen je um 15% reduziert werden soll. Auf diesen ersten gemeinsam beschlossenen Erfolg dürften mit interna-

tionaler Hilfe weitere Kontakte folgen. Mittelfristiges Ziel ist dabei der Aufbau einer gemeinsamen Militärakademie, wobei unter Mithilfe von den an SFOR beteiligten Staaten zunächst Lehrgänge für Offiziere aus allen drei Volksgruppen in BiH angeboten werden sollen. Bisher wurden beispielsweise die Offiziere aus den Streitkräften der Serbischen Republik weiterhin in jugoslawischen Schulen ausgebildet. Ein etwas weiter in der Zukunft liegendes Ziel dürfte dann die gemeinsame Teilnahme von Soldaten aus allen Teilstreitkräften an PFP-Programmen der NATO sein. Zudem ist auch bereits die Schaffung eines einheitlichen Verteidigungsministeriums für BiH angeblich vorgesehen. Allerdings dürften die Streitkräfte weiterhin zwei- bzw. dreigeteilt bleiben, vermutlich mit wesentlich geringerer Stärke als heute und mit einer eindeutigen Ausrichtung auf Aufgaben einer Nationalgarde und mit Priorität auf Aufgaben des Katastrophenschutzes. Diese Entwicklung wird jedoch noch Jahre dauern und nur mit intensiver internationaler Hilfe und mit einem gewissen Druck zu erreichen sein. Anreize für eine derartige Entwicklung müssen auch von der eigenen politischen Führung ausgehen; etwa wenn im Rahmen des «Stabilitätspaketes für Südosteuropa» die Fragen der regionalen Sicherheit angegangen werden müssen. hg



**Die Präsenz internationaler Truppen in BiH ist weiterhin notwendig (Bild: französisches Kampffahrzeug AMX-10 RC der SFOR).**